

## Podiumsdiskussion zur Windenergie mit Landtagskandidaten

Am Donnerstag, den 11.02.2016 hatten die Bürgerinitiativen Gegenwind-Bergstraße zu einer Podiumsdiskussion mit den Landtagskandidaten der im Landtag vertretenen Parteien zum Thema „Windkraft an der Bergstraße“ in das Martin-Luther-Haus nach Dossenheim eingeladen.

Matthias Kraus (Gegenwind-Weinheim e.V.) und Dr. Richard Leiner (Bürgerinitiative Rettet-den-Odenwald) begrüßten über 200 interessierte Bürgerinnen und Bürger, sowie auf dem Podium Frau Andrea Reister (FDP), Herrn Georg Wacker (CDU), Herrn Gerhard Kleinböck (SPD) und Herrn Ulli Sckerl (Bündnis 90/Grüne). Auch zahlreiche Mitglieder der Freien Wähler und fast alle unserer Gemeinderäte ließen sich diese Gelegenheit nicht entgehen.



Bild 1: v.l.n.r. G. Wacker, A. Reister, M. Kraus, Dr. R. Leiner, G. Kleinböck, U. Sckerl (Quelle: Jule Gramlich)

Bei diesem Thema konnte man davon ausgehen, dass es zu hitzigen Diskussionen kommen würde und in dieser Hinsicht wurde das Publikum auch nicht enttäuscht. Trotzdem führten Matthias Kraus und sein Team souverän durch den Abend und dank einer konsequenten und fairen Kontrolle und Zuteilung der Redezeit wurde keiner der vier Kandidaten bevorzugt oder benachteiligt. Aber auch die Kandidaten trugen ihren Teil hierzu bei, indem sie sich weitgehend an ihre Redezeit hielten und sich auch ausreden ließen – das kennt man leider auch anders.

Den Verlauf des Abends hier widerzugeben würde den Rahmen des Artikels bei Weitem sprengen. Deswegen möchten wir im Folgenden nur die Positionen und Kernaussagen der Landtagskandidaten wiedergeben und aus unserer Sicht bewerten.

Für Herrn Sckerl (Bündnis 90/Grüne), der sich der Diskussion sehr engagiert und im Verlauf des Abends auch immer emotionaler stellte, ist die Energiewende – die ja, wie Dr. Leiner korrekt anmerkte, bisher lediglich eine „Stromwende“ ist - quasi alternativlos. Zu deren Umsetzung braucht es für ihn einen breiten Energiemix, in dem die Windenergie eine wichtige, aber nicht dominierende Rolle spielt. Er bedauerte, dass beim Thema Windkraft bisher je nach Bundesland sehr unterschiedliche Regelungen über Ausschlussgebiete, Abstände zur Wohnbebauung usw. bestehen – hier würde er sich eine Vereinheitlichung sehr wünschen. Entlang der Bergstraße kann er sich WEA vornehmlich nur in der Ebene vorstellen und nur unter bestimmten Umständen auch im Wald. Er

wies darauf hin, dass lediglich einige Flächen im gesamten Nachbarschaftsverbandsgebiet auszuweisen sind, also etliche Gemarkungen komplett frei bleiben können (unsere Glück – einzelne Gemeinden, die allein für sich planen, haben diese Möglichkeit nicht...) und dass er auch gar nicht verstehe, weswegen der Nachbarschaftsverband überhaupt Flächen im Wald in Erwägung gezogen hat. Diese Aussagen sind unseres Erachtens nur als zynisch zu bezeichnen. Denn machen wir uns bewusst: Aus welchen Gründen auch immer die Landesregierung zu dem vernünftig nicht begründbaren für 2020 propagierten 10%-Ziel (Windstromanteil am gesamten Stromverbrauch Baden-Württembergs) gekommen ist; es war den Verantwortlichen schnell klar, dass dieses nur „mit der Brechstange“ erreichbar sein würde. Somit schob die Landesregierung den Schwarzen Peter – und die Planungskosten - über eine Änderung des Planungsrechts den Kommunen zu. Diese wurden und werden einem ungeheuren Druck ausgesetzt, Gebiete auszuweisen, auf denen WEA errichtet werden können – aber genau das war ja auch gewollt: Viele Flächen für viele Windräder. Weiter hob Herr Sckerl die Bedeutung der Windenergie als Industriezweig mit 100.000 Arbeitsplätze hervor. Aber mal ehrlich: Ist es eine Leistung, mit Subventionsmilliarden Arbeitsplätze zu schaffen? Das ist kein Alleinstellungsmerkmal der Windindustrie, das könnte man in jedem beliebigem Wirtschaftszweig erreichen. Und wie geht es übrigens der ehemals hochgepriesenen und ebenfalls subventionierten deutschen Solarindustrie und ihren Arbeitsplätzen? Warum sollte es der Windindustrie besser ergehen? Windräder sind inzwischen nicht mehr High-Tech, genauso wenig wie Solarzellen. China produziert auch hier inzwischen billiger und erfolgreicher und diese Entwicklung wird weiter gehen. Nach Einschätzung von Herrn Sckerl sind dank zunehmender Effizienz weniger als die noch 2012 propagierten 1.200 WEA notwendig, um das 10%-Ziel zu erreichen. Deutlichen Unmut unter den Zuhörern rief sein Argument hervor, dass kein Investor an Stellen WEA errichte, die sich nicht lohnten. Aufgrund der geplanten Erhöhung der Subventionierung von WEA gerade in Schwachwindgebieten bestand hier im Publikum offensichtlich große Skepsis. Bzgl. des Waldverbrauchs verwies Herr Sckerl auf die Verpflichtung zum Anlegen von Ausgleichsflächen bei Errichtung von WEA in Waldgebieten, was Frau Reister und Herr Wacker mit dem Hinweis kommentierten, dass irgendwo angelegte junge Waldflächen kein echter Ausgleich für Eingriffe in eine gewachsene und zusammenhängende Waldstruktur seien. Bzgl. des Abstands zu Siedlungen zog sich Herr Sckerl wie auch bei dem von Herrn Kraus ins Spiel gebrachten geringen Schutzabstand zu Nistplätzen des Rotmilans auf Gutachten und Aussagen von Fachleuten zurück. Überhaupt ließ Herr Sckerl an diesem Abend deutlich erkennen, wie weit die Grünen inzwischen im Establishment angekommen sind. Das Verstecken hinter Gutachten und Fachleuten, das Taktieren mit Gesetzen und Verordnungen und Vorwürfe der Bild- und Zahlenmanipulation sowie des Populismus an die Bürgerinitiativen – das kennt man noch aus den frühen 80ern als die Grünen gegen die „Atomindustrie“ gekämpft haben, nur eben unter anderem Vorzeichen.

Auch Herr Kleinböck (SPD) baut auf einen Energiemix mit der Windenergie als wichtigen Baustein. Unter der Vorgängerregierung sei durch die Festlegung von Vorranggebieten auf regionalplanerischer Ebene der Ausbau der Windkraft behindert worden. Eben deswegen sei es durch die jetzige Regierung über die Änderung der Rechtsgrundlagen ermöglicht worden, dass mit der Errichtung von WEA auch über die Regionalplanung hinaus mehr in die Fläche gegangen werden kann und jede Stadt und Gemeinde in Baden-Württemberg bzgl. der möglichen Ausweisung von Standorten in die Pflicht genommen wird. Gleichwohl sprach er sich in diesem Zusammenhang gegen eine Bezeichnung dieser Anlagen als „Windindustrie“ aus, da es sich hierbei im Gegensatz zu den Flächenausweisungen für Windenergieparks im Rahmen der Regionalplanung lediglich um Flächen für einzelne oder einige wenige Anlagen handele. An der Bergstraße halte er Windkraftanlagen nicht an der Hangkante, aber in zweiter oder dritter Reihe für möglich. Wenn die Rahmenbedingungen stimmten, sei dies auch im Wald und auch im UNESCO-Geo-Naturpark vertretbar. Herr Kleinböck bewertete den Flächenverbrauch durch WEA auch in Waldgebieten als „Peanuts“ und sah auch keine

negative Bilanz, da Wald schließlich nachwachsen. Er merkte an, wie einfach und kostengünstig sich ein Windrad im Vergleich zu einem Atomkraftwerk abbauen ließe, falls sich der Betrieb tatsächlich nicht lohnen sollte. Überhaupt brachte Herr Kleinböck gerne das „Atomargument“ ins Spiel, denn nach seiner Logik müssen Kritiker des flächendeckenden Ausbaus der Windenergie offenbar automatisch Kernkraftbefürworter sein. Strom aus Kernkraftwerken sei nur wegen der immensen Subventionen in der Anfangszeit der Kernenergieindustrie sowie aufgrund der unzureichenden Rücklagen für Rückbau und Entsorgung so billig. Dies stimmt zum Teil und es ist in der Tat zu befürchten, dass letztlich der Steuerzahler auf einem guten Teil der Rückbau- und Entsorgungskosten sitzen bleiben wird. Gleichwohl dürften die Subventionen für die Erneuerbaren Energien (zurzeit ca. 24 Mrd. €/Jahr) in wenigen Jahren in Summe all das bei Weitem übersteigen. Es ist in Deutschland allgemeiner Konsens, dass das Kapitel „Kernenergie“ abgeschlossen wird und es gibt sehr gute Gründe, nie wieder zu dieser Technologie zurückzukehren – auch wenn das in anderen Ländern anders gesehen wird und Deutschland auch hier mal wieder einen Sonderweg geht, der global keine Auswirkungen hat. Aber zumindest hat die Kernenergie für die Subventionsmilliarden über Jahrzehnte zuverlässigen Strom in großem Umfang geliefert – was man von den Erneuerbaren nicht gerade sagen kann. Herr Kleinböck griff auch den Hinweis aus dem Faktencheck bzgl. des verhältnismäßig geringen Anteils der Stromproduktion an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen auf: Er sei auch sehr für CO<sub>2</sub>-mindernde Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Raumheizung, sehe dies aber nicht als Widerspruch zur Energiewende auf dem Stromsektor.

Herr Wacker (CDU) bekräftigte gleich zu Beginn seine grundsätzliche positive Haltung zur Energiewende, die ja auch von seiner Partei befürwortet werde. Allerdings hat er kein Verständnis für die Errichtung von mit Steuergeldern hochsubventionierten WEA an windschwachen und somit unwirtschaftlichen Standorten und unter Inkaufnahme tiefgehender Eingriffe in den Naturschutz und das Landschaftsbild. Herr Wacker ging ebenfalls auf das Landesplanungsgesetz ein, dass die Kommunen nötige, Flächennutzungspläne zur Ausweisung von Konzentrationszonen zu erstellen, wenn sie nicht einer weitgehend ungehinderten Errichtung auf Basis des §35 BauGB ausliefern wollen. Baden-Württemberg sei nunmal nachweislich kein „Windland“ und die Errichtung von WEA z.B. an und in Nord- bzw. Ostsee um ein Vielfaches ertragreicher und wirtschaftlicher. Die Erhöhung des Anteils von Windenergie an der Stromversorgung Baden-Württembergs auf die von der Landesregierung angestrebten 10% sei einfach nur politisch gewollt, aber nicht vernünftig begründbar. Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung sowieso weit hinterherhinke (seit 2011 sind lediglich ca. 100 neue WEA ans Netz gegangen) solle sie sich von diesem unrealistischen Ziel endlich verabschieden und stattdessen wieder die Bezahlbarkeit von Strom in den Fokus zu rücken. Die Bergstraße und der Rhein-Neckar-Raum seien definitiv keine Gebiete zur Errichtung von WEA. Er plädierte dafür, das Thema Windkraft wieder ausschließlich in die Regionalplanung zu übergeben, um WEA nur dort zu errichten, wo es sich auch wirklich lohne und die Bevölkerung mit der Errichtung einverstanden sei. Auch sollten gerade aufgrund der noch immer vorhandenen Unsicherheiten bzgl. gesundheitlicher Auswirkungen durch Schlagschatten und Infraschall größere Mindestabstände zu Siedlungen eingehalten werden; statt der aktuell in Baden-Württemberg geltenden 700m (geringster Wert für ein Flächen-Bundesland) möglichst 1.500m oder wie in Bayern in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe. Herr Wacker hatte praktisch ein Heimspiel und hat dies auch professionell genutzt. Er musste höchstens aufpassen, nicht versehentlich übers Ziel hinauszuschießen, da die Bundesregierung und damit auch die CDU schließlich die Energiewende unvermindert vorantreibt. Die CDU ist im Landtag in der Opposition und will wieder an die Regierung. Er musste also nichts verteidigen oder rechtfertigen, sondern nur angreifen. Das hat er getan und viel mehr gibt es auch nicht zu sagen. Seine Zusage, wieder zur alten Regelung bzgl. der alleinigen Ausweisung von Flächen zur Errichtung von WEA (und Ausschlussflächen) über die Regionalplanung zurückzukehren, beantwortet eigentlich alle Fragen. Einzige Wermutstropfen: Er schränkte ein, dass

dies nicht von heute auf morgen möglich sei und je nach Koalitionspartner werden hier wohl Kompromisse notwendig werden.

Frau Reister (FDP) betonte ebenfalls, die FDP befürworte zwar grundsätzlich die Energiewende, sei aber aus ökologischen und ökonomischen Gründen ganz eindeutig gegen WEA an windschwachen Standorten wie der Bergstraße. Unwirtschaftliche Standorte, die nur Subventionen abschöpfen, kämen für sie nicht infrage. Für sie persönlich sei es darüber hinaus ein Unding, schützenswerte Bäume in alten Waldbeständen, die wertvolle CO<sub>2</sub>-Speicher darstellen, für die Errichtung von WEA abzuholzen. Sie monierte außerdem die immensen Kosten, die den Kommunen durch die Landesregierung aufgenötigt würden und die Haushalte über Gebühr belasteten. Sie betonte, dass der Regionalverband Rhein-Neckar übrigens ausdrücklich von den Änderungen des Landesplanungsgesetzes ausgenommen sei, so dass gar kein Zeitdruck bestünde, die Planungen voranzutreiben. Diese Information sei jedoch bei den Entscheidungsträgern in den Kommunen so gar nicht angekommen. Frau Reister verwies im Zusammenhang mit dem Klimawandel auf die weltweit spürbaren Auswirkungen der Zunahme der Bevölkerung sowie des starken Wirtschaftswachstums insbesondere in China. Statt Unsummen für den unwirtschaftlichen und mit vielen Nachteilen für Mensch, Natur und Landschaft verbundenen Ausbau in unserem dichtbesiedelten Land auszugeben, solle sich Baden-Württemberg als das Land der Tüftler und Denker auf seine Stärken konzentrieren und in Forschung und Technologieexport investieren. Hier seien Fördergelder sehr viel besser angelegt, um mit bei uns entwickelter Technologie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in anderen Teilen der Welt wesentlich effizienter, mit weniger Nachteilen und in weitaus größerem Umfang zu mindern und damit gleichzeitig die von Herrn Sckerl erwähnten Arbeitsplätze nachhaltig zu erhalten und noch weiter auszubauen. Frau Reister ist aufgrund möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigung ähnlich wie Herr Wacker für einen Abstand von WEA zu Siedlungsflächen von mindestens. Frau Reister konnte – auch mangels Regierungsbeteiligung auf Bundesebene – eine noch klarere Linie als Herr Wacker fahren: Windenergieanlagen ja, aber nur wo wirklich – subventionsfrei – wirtschaftlich und unter großzügiger Berücksichtigung des Schutzes von Mensch, Natur und Landschaft.

## **Fazit**

Wie Sie vermutlich wissen, beschäftigen wir Freien Wähler uns seit Monaten sehr intensiv mit dem Thema Windenergie und speziell mit der Ausweisung von Konzentrationsflächen zur Errichtung von WEA in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Wenngleich auch wir der Meinung sind, dass auf Dauer kein Weg an einer Umstellung auf eine regenerative Energieerzeugung vorbei führt, so sehen wir den Weg wie er von der jetzigen Landesregierung beschritten wird, äußerst kritisch. Je intensiver wir uns dabei mit der Windenergie beschäftigt haben, desto mehr Nachteile haben wir erkennen müssen. Wir wissen, dass wesentliche Fehler in der Energiewende von der Bundesregierung zu verantworten sind. Dies rechtfertigt aber nicht, dass unsere Landesregierung diesen noch weitere hinzufügt. Sehr bedenklich fanden wir die im Faktencheck vorgestellte Erkenntnis, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß entgegen der Entwicklung seit 1990 in den letzten 4 Jahren wieder angestiegen ist und sich dies auf die vermehrte Stromproduktion aus Kohlekraftwerken und die Verdrängung der weit weniger klimaschädlichen Gaskraftwerke zurückführen lässt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass dies ein – wenn auch ungewolltes – Ergebnis der verfehlten Subventionspolitik in Verbindung mit der Vorranginspeisung ist. Denn dies führt zu einer vermehrten Abschaltung der (relativ teuren, aber flexiblen) Gaskraftwerke und dazu, dass die alten abgeschriebenen Kohlekraftwerke trotz Stromüberangebot durchlaufen und ihren – nicht zuletzt dank EEG extrem günstiger CO<sub>2</sub>-Zertifikate - billigen Strom exportieren. Auch überschüssiger Strom aus Wind- und Solarenergie wird zwangsweise exportiert wenn er in Deutschland gerade nicht benötigt wird und dies teilweise sogar mit Negativpreisen (!), d.h. der Käufer des Stroms erhält noch Geld dafür. Deutschland ist inzwischen zum größten Stromexporteur Europas geworden, wodurch auch dort in erster Linie – siehe

Niederlande – die relativ umweltfreundlichen Gaskraftwerke verdrängt werden. Irritiert hat uns auch die Bereitschaft insbesondere der Grünen, ehemalige Grundüberzeugungen in Bezug auf Natur- und Landschaftsschutz für ein vermeintlich höheres Ziel zu opfern.

Gleichwohl kann man Herrn Kleinböck und insbesondere Herrn Sckerl zu Gute halten, dass sie vermutlich wirklich glauben, dass sie für das Richtige und Gute kämpfen und die Opfer, die dafür gebracht werden müssen, notwendig und im Verhältnis zum Nutzen gering sind. Der Abend hat auch gezeigt, dass wohl beide wieder ein Stück in der Realität angekommen sind und sich durchaus offen für Gegenargumente zeigen – man könnte es auch ganz klassisch als „Zurückrudern“ bezeichnen. Letzten Endes waren die Unterschiede bei allen vier Landtagskandidaten gar nicht mehr so groß wie sie zunächst erschienen. Über das große Ziel scheint in allen Parteien grundsätzlich sogar Einigkeit zu bestehen, allerdings sind die Wege dorthin doch noch recht verschieden. Und genau diese Wege sind es, die unser Leben in den nächsten Jahrzehnten prägen werden. Auch bleibt ein Rest Skepsis, ob Herr Kleinböck und Herr Sckerl als Politprofis nicht doch nur wahlkampf-taktisch agieren bzw. ob sie wirklich für ihre Kollegen in Stuttgart sprechen können. Die Wahlentscheidung sollte niemand von nur einem Thema abhängig machen, aber wer auf Nummer Sicher gehen will, dass in Dossenheims Nachbarschaft keine Windräder errichtet werden, der weiß seit diesem Abend wo er sein Kreuz (nicht) zu machen hat.